

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 2

Rubrik: Die Sowjetunion morgen : Motive, Kräfte, Probleme

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Sowjetunion morgen

Motive, Kräfte, Probleme

ZU DEN FOLGENDEN VIER AUFSÄTZEN

Ein Staat, der mit einem in der Geschichte noch nie dagewesenen kultischen Kolossalaufwand den 100. Geburtstag seines Kirchenvaters begeht und der sich gleichzeitig als kühnster Bahnbrecher des Fortschritts brüstet – ein solcher Staat ist rätselhaft. Und rätselhaft erscheinen muss er besonders dann, wenn er sich, wie die von Breschnew, Kossygin und Podgorny geführte Sowjetunion heute, in einem Zustand befindet, der eine sehr ungewisse und darum unheimliche Zukunft in sich birgt.

Die folgenden vier Aufsätze wollen dieses Rätsel nicht entschlüsseln; niemand kann dies. Aber sie analysieren einige Kräfte, die mittel- und langfristig diese rätselhafte Zukunft mitgestalten. Wie raffiniert sind eigentlich die Russen? Diese Frage stellen wir unserem Mitarbeiter Bogdan Osadczuk, der sie beantwortet, indem er auf die tiefer liegenden Strukturen hinweist, die die politischen, besonders aussenpolitischen Entscheidungen der Sowjetführung prägen. Der Sowjetologe Ernst Halperin zeigt, um welche wichtigen Stoßrichtungen es dabei geht. Welche Probleme sich dann jeweils im einzelnen stellen, untersucht Michael Kaser anhand einer Fallstudie zum Comecon. Letztlich wird die Zukunft freilich durch die Jugend bestimmt und durch die Erziehung, die diese erhält: deshalb der Aufsatz von Christian von Krockow über das sowjetische Erziehungswesen.

Wie raffiniert sind eigentlich die Russen?

Triebkräfte und Methoden der Aussenpolitik Moskaus

BOGDAN A. OSADCUK

Vier «Images»

Die Sowjetunion nimmt im westlichen Weltbild einen Platz ein, der von krassen Widersprüchen gekennzeichnet ist. Die Wertung schwankt im allgemeinen zwischen vier Ansichten, die sich etwa wie folgt zusammenfassen lassen:

1. Die Russen sind raffiniert und gefährlich.
2. Die Russen sind misstrauisch, aber weder bösartig noch gefährlich, sondern nur um ihre Sicherheit besorgt.
3. Die Russen sind plump und primitiv, aber unberechenbar und deshalb gefährlich.
4. Die Russen sind weder raffiniert noch primitiv, sondern einfach konsequent und gescheit, gutwillig und kooperationsbereit.

Wollte man diese Verhaltensweisen in der gegenwärtigen politischen Landschaft etwas genauer lokalisieren, so würde man vermutlich zu einem ganzen Katalog verschiedener Typologien gelangen. Für raffiniert und gefährlich werden die Russen oder wird die Sowjetunion in denjenigen Ländern gehalten, die im Verlauf der Geschichte oder in der jüngsten Vergangenheit traurige Erfahrungen gesammelt haben. Je weiter die geographische Entfernung und je schwächer die Konfrontation mit dem euro-asiatischen Koloss ist, desto unsicherer wird das Urteil über das Wesen der russischen Denkweise und der in der Aussenpolitik dominierenden Handlungsweisen. Scharfsinnige Erkenntnisse sind vorwiegend bei einer kritisch und prüfend eingestellten Minderheit festzustellen, wobei man allerdings einschränkend bemerken muss, dass auch in diesem Fall erhebliche Differenzen auftreten. Die Trennlinie verläuft zwischen den Verfechtern der These von der Gefährlichkeit der weltrevolutionären, im Marxismus-Leninismus verankerten Ideen einerseits und den Anhängern der Theorie von der Kontinuität des russischen Imperialismus anderseits.

Die zweite Variante – die Ansicht, dass die Russen aufgrund eines angeborenen Misstrauens und legitimen Sicherheitsbedürfnisses, jedoch innerhalb der Grenzen einer konventionellen Machtpolitik vorgehen – tritt meistens in solchen Ländern auf, wo aufgrund früherer Allianzen mit Russland oder infolge eines Wunschdenkens die traditionelle Russophilie stark ausgeprägt war und zum Teil noch immer vorhanden ist; diese Einstellung ist in allen Schichten der Bevölkerung der betreffenden Länder zu beobachten, am deutlichsten aber wohl in Frankreich und in Deutschland.

Komplizierter dürfte die Lokalisierung der dritten Ansicht sein, der Meinung, dass die Russen plump und primitiv seien, zugleich aber unberechenbar und deshalb gefährlich. Sie lässt sich weniger geopolitisch interpretieren, obwohl sie vielleicht in den angelsächsischen Ländern am stärksten beheimatet ist. Sie scheint vor allem für bestimmte politische Gruppen repräsentativ zu sein, vornehmlich im konservativen Bürgertum und bei den älteren Generationen. Sie tritt in den westlichen Ländern fast überall auf, aber verliert allmählich an Durchschlagskraft und Attraktivität.

Was schliesslich die vierte These betrifft, die den Russen fast ausschliesslich positive Eigenschaften auf dem aussenpolitischen Feld zuschreibt, so

scheint sie hauptsächlich für die Einstellung der pro-sowjetisch orientierten kommunistischen Parteien des Westens charakteristisch zu sein, ferner auch für die vorherrschende Meinung in bestimmten von Moskau finanziell, politisch oder militärisch abhängigen Entwicklungsländern und schliesslich auch für gutgläubige politische Sekten aus dem linksliberalen oder naiv-koexistenzfreudigen konfessionellen Bereich. Hierzu gehören auch diejenigen Gruppen und Grüppchen, einzelne Persönlichkeiten oder publizistische Organe, die wissentlich oder unwissentlich von Moskau ferngelenkt werden.

Alte und neue Triebkräfte

Die Vielfalt und Diskrepanz zugleich im westlichen Russlandbild hat sehr mannigfaltige Ursachen. Zum Teil lässt sich das damit erklären, dass die Informationen über den ganzen Mechanismus der alten und neuen russischen Politik stets mangelhaft und fragmentarisch waren und sind. Ein sowjetischer Historiker hat in der Chruschtschew-Ära auf die fundamentale Grundwahrheit hingewiesen, dass die Geschichte Russlands immer dualistisch war: Es gab nämlich stets die Geschichte, wie sie für die Zeitgenossen sichtbar, offiziell geschrieben und publiziert wurde, und es gab daneben die andere, geheime Geschichte, die von Zensur und Polizei streng verschwiegen wurde und deshalb, für die Urteilsbildung der Zeitgenossen kaum bekannt, meistens nur hypothetisch blieb. Das ist eine der vielen Raffinessen russischer Staatskunst. Alle russischen Regime von Iwan dem Schrecklichen bis Leonid Breschnew dem Gefährlichen haben die Geheimhaltung der wesentlichen Vorgänge innerhalb der russischen Politik – mit winzigen Ausnahmen wie etwa in der Zeit der konstitutionellen Monarchie vor der Revolution, während des kurzen Kerenski-Intermezzos, dann vorübergehend unter Lenin und fragmentarisch in der Ära Chruschtschew zu einer wirklichen Virtuosität entwickelt. Das ist einer der Hauptgründe für die Tatsache, dass unsere Einschätzung der russischen Motive und Zielsetzungen so heterogen ist.

Aber dazu kommen noch zahlreiche andere, nicht weniger bedeutsame Faktoren. Um nur die wichtigsten zu skizzieren, muss man zunächst von der Tatsache ausgehen, dass sowohl das zaristische wie auch das bolschewistische und folglich auch das sowjetische Russland grundlegende Wechselwirkungen zwischen der Innen- und der Außenpolitik hervorgebracht haben, die sich von allen Staatsmodellen, vielleicht mit Ausnahme der orientalischen Despotien, grundsätzlich unterscheiden. Sie basieren auf jenen Erkenntnissen, Methoden und Spielregeln, die sich die moskowitischen Eliten im Zuge der dreihundertjährigen mongolisch-tatarischen Fremdherrschaft angeeignet hatten. Es war Karl Marx, der wohl als erster das Geheimnis des russischen Despotismus erkannt und formuliert hat, als er in seinen Russlandanalysen

feststellte, dass die russischen Herrscher «die politische Handfertigkeit des mongolischen Sklaven mit dem stolzen Streben des mongolischen Herrschers» vereinigten und dass sie später diejenigen Elemente der Zivilisation vom Westen übernahmen, die «sie zu den technischen Einrichtungen der Völker des Westens befähigt, ohne sie jedoch mit deren Ideen zu erfüllen».

Die auf diese Weise erworbene Hinterlist und Skrupellosigkeit hat auch dem Prozess der aussenpolitischen Willensbildung und der Durchsetzung der erstrebten Ziele eine besondere und kontinuierliche Prägung gegeben. Ein solches Phänomen ist einzigartig, und es lässt sich weder mit den üblichen Kriterien der in Europa vorhandenen Mentalitäten und Herrschaftssystemen noch mit den für die Ergründung des asiatischen Wesens geschaffenen kritischen Kategorien deuten. Mit Hilfe einer meisterhaft entwickelten und durch immer neue Bereicherungen perfektionierten Desinformationspolitik gelang es den jeweiligen Herrschern in Petersburg und in Moskau stets, eine spezifische russische Mauer gegenüber der Aussenwelt zu errichten. Als Bauelemente dienten jeweils die Zentralisierung der Macht, die Xenophobie, der Untertanengeist und Kadavergehorsam der jeweiligen führenden Schichten bei der Ausführung der politischen, darunter auch der aussenpolitischen Weisungen, aktiver Spionage im Ausland und genaue Überwachung der tatsächlichen oder potentiellen kritischen Beobachter im Innern. Das Fehlen jeglicher Opposition – wenn man wiederum von den kurzen, aber für den historischen Gesamtablauf unwesentlichen Intervallen absieht – erleichtert die Wirksamkeit eines solchen Herrschaftsmechanismus. Indem sich das alte und das neue Russland einer kritischen öffentlichen Meinung entledigt haben, sind in der Vergangenheit und in der Gegenwart jene Faktoren entfallen, die in den meisten anderen Staatsgebilden in mehr oder weniger ausgeprägter Form bei der aussenpolitischen Willensbildung und bei der Verwirklichung der beschlossenen Zielsetzungen von massgeblicher Bedeutung sind.

Die Desorientierung im Westen ist natürlich auch durch den Systemwechsel in Russland und nicht bloss durch die mangelhafte Information über die alten Triebkräfte der russischen Politik zu erklären. Seit der Oktoberrevolution von 1917 streitet man sich im Ausland darüber, was sich in der Aussenpolitik Russlands dadurch geändert habe. Sicherlich hat die auswärtige Politik der Sowjetunion einige zusätzliche Züge bekommen: Von Anfang an bestand ein Dualismus zwischen der traditionellen Komponente und den weltrevolutionären Ambitionen.

Aber in diesem Hin und Her zwischen der überlieferten imperialistischen Staatsraison und den revolutionären Bestrebungen hat sich allmählich ein restaurativer Prozess durchgesetzt. Die internationalistisch und zugleich utopisch orientierten Kräfte der alten Berufsrevolutionäre haben seit dem Tod Lenins eine Niederlage nach der anderen erlitten. Sie sind im Zuge der

stalinistischen Herrschaft durch die siegreichen Tendenzen des alten Russland überlagert worden. Stalin hat es verstanden, dem alten grossrussischen Zentralismus und Imperialismus eine neue Basis zu schaffen. Das konnte nur mit Hilfe einer restaurativ und zugleich imperial gesinnten Schicht der Bürokratie gelingen. So ist in den dreissiger Jahren ein völkisch orientierter russischer Nationalsozialismus entstanden, der sich des Marxismus-Leninismus nur als eines Aushängeschildes oder eines Vehikels bedient. So wie die orthodoxe Kirche vom zaristischen Russland für seine expansionistischen Ziele in Osteuropa und auf dem Balkan eingespannt wurde, so hat man auch seit dem Sieg Stalins die von Marx begründete und von Lenin zuerst nur halbwegs russifizierte soziale Theorie in den Rang einer imperialistischen und staatstragenden Idee erhoben. Gewiss, man hat sich zeitweilig auch der anderen überlieferten Ideologien, wie etwa des Panslawismus, bedient, aber durch den Konflikt mit Jugoslawien und durch die Intervention in der Tschechoslowakei ist diese Komponente völlig unwirksam geworden.

Was übrig blieb und durch die geographische, militärische und institutionelle Expansion schon unter Stalin untermauert wurde (die Bildung des Satellitengürtels, die Gründung des Comecon und des Warschauer Paktes), hat dann in der Breschnew-Doktrin den vorläufigen Höhepunkt erreicht. Die herrschenden Kräfte haben in jüngster Zeit den restaurativen Prozess im Sinne einer imperialistischen Doktrin beschleunigt. Einerseits werden die russischen Massen und vor allem die tragende Mittelschicht noch stärker als früher im Geist der Machtanbetung und der Militarisierung beeinflusst. Die Verfolgung jeglicher oppositioneller Regungen, die auf eine Rationalisierung und infolgedessen auch auf eine Zügelung der Expansion drängten, wird erbarmunglos vorangetrieben. Der wütende Antisemitismus stellt eine weitere Variante im restaurativen Prozess dar. Das Engagement zugunsten der arabischen Nationalisten, die Mobilisierung des grossrussischen Chauvinismus gegen das kommunistische China und die Bekämpfung der westlichen Einflüsse sowie der Reformideen originären Ursprungs in der Sowjetunion und in den Satellitenstaaten – all das ist ein Ergebnis jener Faktoren, mit denen man eine imperiale Außenpolitik aufrechterhalten möchte.

Man rechnet damit, dass die tragende Schicht der Bürokratie diese Art der Machtpolitik in allen Winkelzügen und mit grosser Präzision realisieren wird. Sie bekommt neue Hilfsquellen, die darin bestehen, dass man moderne Theorien und Mittel, die im Westen entwickelt wurden, in den Dienst dieses Imperialismus stellt. Dazu gehören vor allem die Soziologie und die Technik der Prognose, die Datenverarbeitung und die Technologie, die man sich in Ermangelung eigener Möglichkeiten aus dem Westen ausleihrt. Hier liegt, mit anderen Worten, wiederum jener Prozess vor, von dem Karl Marx mit Bezug auf das zaristische Russland schrieb, dass man die technischen Einrichtungen des Westens aufnimmt, ohne sie mit deren Ideen zu erfüllen.

Dieser Zug, verbunden mit der wachsenden Militarisierung und Chauvinitierung, stellt tatsächlich eine gefährliche und raffinierte Herausforderung des Westens dar.

Gegenkräfte und Tendenzen

Dem stehen jedoch neue Probleme gegenüber, mit denen das sowjetrussische Imperium zu Anfang der siebziger Jahre konfrontiert wird und denen es nicht ausweichen kann: Da ist zuerst die Unfähigkeit eines derart konzipierten und verwirklichten Systems, mit den dringenden Wirtschaftsfragen fertig zu werden. Die Wirtschaftskrise ist im gesamten sowjetischen Einflussbereich im Wachsen und kann – wenn die Auslandshilfe aus dem kapitalistischen Westen nicht im gewünschten Ausmass erfolgt – eines Tages zur sozialen und schliesslich machtpolitischen Katastrophe werden.

Sodann entstehen grosse Schwierigkeiten aus dem multinationalen Wesen des sowjetischen Imperiums, die der unterentwickelte oder vielmehr völlig ausgehöhlte Föderalismus nicht mehr zu bewältigen vermag. Ebenso gefährlich wird sich der steigende Nationalismus in Osteuropa bemerkbar machen, der immer neue Schichten erfasst und der von den jeweiligen Macht-habern aus Selbsterhaltungstrieb toleriert werden muss. Hinzu kommt ferner das Phänomen des Polyzentrismus oder die autonome Differenzierungsbewegung in den kommunistischen Parteien der industrialisierten Länder des Westens, denen es der politische Selbsterhaltungstrieb ebenfalls verbietet, dem sowjetischen Staats- und Gesellschaftsmodell oder der imperialistischen Breschnew-Doktrin zu folgen. Auch die zwei autonomen kommunistischen Staats- und Gesellschaftsmodelle Jugoslawien und China stellen ein Hindernis dar, das ohne eine militärische Intervention vermutlich nicht zu beseitigen ist.

Diese beiden Faktoren treten in unterschiedlichen Stärkegraden auf. Jugoslawien ist infolge seiner Attraktivität in doppelter Hinsicht gefährlich, und vom Standpunkt der Breschnewisten müsste es unbedingt zerstört werden: Denn es ist ein multinationales Land, das durch die bisherige praktische Anwendung der kommunistischen Leitsätze in den zwischennationalen Beziehungen eine attraktive Alternative zu dem missglückten sowjetischen multinationalen Konzept hervorgebracht hat, und es ist ausserdem ein slawisches Land, das eine ganz andere Anziehungskraft ausstrahlt, als etwa Rumänien oder Ungarn jemals erreichen könnten. Die sprachlichen Barrieren, die die Sowjetunion von Rumänien und von Ungarn trennen, sind fast unüberwindbar, und die Abneigung der Russen wie auch der besonders exponierten Ukrainer gegen diese beiden Nationen sind vom Standpunkt des Kremls denn auch beruhigend. Ganz anders aber war es im Fall

der Tschechoslowakei, wo das Prager Modell ja sowohl staatsrechtlich im Sinne einer fortschrittlichen Föderation wie auch gesellschaftlich einen Explosionsstoff bedeutete, den man noch rechtzeitig durch die Intervention erstickte. Auch Jugoslawien bleibt nach wie vor eine drastische Herausforderung.

China spielt eine ganz andere Rolle. Hier geht es nicht um die Attraktivität des Modells, sondern um eine machtpolitische Konkurrenz und wachsende Bedrohung. Dagegen muss die Sowjetunion alles mobilisieren, was in ihren Kräften steht. Sie muss militärische Vorbeugungsmassnahmen treffen, den grossrussischen Chauvinismus gegen die «gelbe Gefahr» mobilisieren und eine umsichtige, höchst differenzierte Taktik gegenüber den asiatischen Völkern ausserhalb der Sowjetunion und innerhalb des Imperiums anwenden. Diese Komponente bringt die Sowjetunion samt der eingangs erwähnten Wirtschaftskrise in eine heikle Stellung gegenüber der NATO und der Konfrontation mit dem Westen.

Nachdem die Versuche, Grossbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten nacheinander aus dieser Konfrontation herauszumanövriren, mehr oder weniger fehlgeschlagen haben oder mindestens nicht zu den erhofften Konzessionen führten, hat sich der Kreml nunmehr mit allen Mitteln auf die Schwächung der Bundesrepublik innerhalb des Bündnisses konzentriert. Man hat alle alten und neuen Erfahrungen zusammengefasst, um die Deutschen für das sowjetische Konzept zu gewinnen. Sie sollen sowohl Hilfe für die Überwindung der drohenden Wirtschaftskrise leisten wie auch die sowjetische machtpolitische und militärische Präsenz in Mitteleuropa garantieren und diejenigen Einrichtungen liquidieren, die der Breschnew-Gruppe in ideologischer und psychologischer Hinsicht besonders gefährlich erscheinen: Es handelt sich um jene amerikanischen Sender «Radio Free Europe» und «Liberty», die auf dem Territorium der Bundesrepublik stationiert sind und die von dort aus seit Jahren die sowjetrussische traditionelle Informationsscheu durchbrechen. Diese Sender sind dank ihrer technischen Vervollkommenung mit dem wachsenden technologischen Fortschritt in der Lage, die Zensurschranken der sowjetischen Geheimhaltung in- und ausländischer Geschehnisse zu überwinden. Und es scheint, dass diese Sender heute den Fortbestand des russischen Imperialismus viel stärker bedrohen als etwa die emanzipierten kommunistischen Parteien des Westens oder die lauwarmen sozialdemokratischen oder sozialistischen Theorie- und Ideologiestreitereien mit dem sowjetrussischen Kommunismus. Sie sind in ihrer Wirkung nur noch mit Faktoren wie Jugoslawien und China zu vergleichen. Sie mundtot zu machen, ist neben der Anerkennung des Status quo in Europa und der Wirtschaftshilfe vielleicht das wichtigste Anliegen, dessen Erfüllung man sich vom Dialog mit Bonn verspricht.

Stossrichtungen der sowjetischen Aussenpolitik

ERNST HALPERIN

Ein Paradox

Bei der Beurteilung der sowjetischen Aussenpolitik muss man sich vor manichäischen Vorstellungen hüten. Gewiss kommt es in der sowjetischen Führungsspitze immer wieder zu Auseinandersetzungen über aussenpolitische Entscheidungen, aber dabei handelt es sich keineswegs um einen Kampf zwischen Gut und Böse, zwischen Friedensfreunden, Koexistenzlern, Revisionisten, Entstalinisierern, Demokratisierern auf der einen und Kriegstreibern, Weltrevoluzzern, Dogmatikern, Stalinisten auf der andern Seite. Die wirklichen Fronten verlaufen anders.

Das Beispiel Molotows, des Leiters der sowjetischen Aussenpolitik in den ersten Jahren nach Stalins Tod, ist aufschlussreich. Dieser Mann war ein unbeugsamer Stalinist, von seinen innerparteilichen Gegnern als Dogmatiker verschrien und von ihnen des Irrglaubens an die Unvermeidlichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung mit dem «imperialistischen Lager» bezeichnet. Im Westen trug ihm sein Mangel an Konzessionsbereitschaft den Spitznamen «Mister Njet» ein. Aber spätestens seit den Enthüllungen des XXII. Parteitages wissen wir, dass dieser gleiche Molotow abenteuerliche Engagements im Fernen und Mittleren Osten ablehnte. Er wollte die Sowjetunion unbeweglich hinter den von Stalin geschaffenen Grenzen isolieren, weil er das Kräfteverhältnis überaus nüchtern einschätzte und deshalb der Ansicht war, dass dem Sowjetstaat die materielle Basis für eine Expansionspolitik fehle. Oder wie er selbst es in seinem marxistisch-leninistischen Partejargon ausdrückte: weil «der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion noch nicht vollendet» sei.

Molotows Gegenspieler Chruschtschew jedoch betrieb eine ausgesprochen aggressive Aussenpolitik. Zunächst hielt er es noch für nötig, die Schaffung neuer Spannungsherde im Mittleren und Fernen Osten durch eine teilweise Entspannung in Europa – den Rückzug aus Österreich – auszugleichen. Aber bald liess er diese Rücksicht fallen und entfesselte eine Expansions- und Konfrontationspolitik an allen Fronten: in Berlin, in Asien, in Afrika und seit 1960 auch noch in Lateinamerika.

Dennoch fiel der Westen immer wieder auf Chruschtschews Koexistenzphrasen und auf das Argument herein, man müsse ihm Konzessionen machen, weil er sonst von noch viel schlimmeren Kriegstreibern gestürzt würde.

Ihm kam eben seine Innenpolitik zugute: Er war der Mann des XX. Parteitags, der Revisionist und Entstalinisierer. Im Westen, namentlich in Washington, stellte man sich deshalb vor, dass er auch in der Aussenpolitik immer noch vernünftiger und gemässigter sei als seine Gegner, die man für Fanatiker der Weltrevolution hielt.

In Wirklichkeit bedingten, so paradox das scheinen mag, Entstalinisierung und aggressive Aussenpolitik einander gegenseitig. Der Sowjetstaat kann sich keine wirkliche Entspannungspolitik und Öffnung der Grenzen leisten, weil sie zur Zersetzung der Parteimoral und Parteidisziplin führen und so die Zentrifugalkräfte wecken müsste, die schon im zaristischen Russland nur durch eine straffe Autokratie gebändigt werden konnten. Die gangbaren Alternativen sind entweder Isolierung, unbewegliches Verharren hinter hohen Mauern, um fremde Einflüsse auszusperren, oder Expansionspolitik, um Fanatismus und Parteidisziplin durch aussenpolitische Erfolge, durch ständige Ausdehnung des sowjetischen Einflussbereichs wachzuhalten. Stalin hatte das Sowjetreich durch brutalsten Terror zusammengehalten. Chruschtschew suchte bei Abbau des Polizeiterrors – der schon unter Malenkow eingeleitet worden war – den Zerfall durch Wiederbelebung des Elans der Parteikader in der Union und den Satelliten zu verhindern. Um den Glauben an die Überlegenheit der Sowjetunion über alle Gegner, an den unaufhaltsamen Vormarsch und unvermeidlichen Endsieg des Kommunismus sowjetischer Prägung zu stärken, brauchte er eine unaufhörliche Kette von Erfolgen in der Aussenpolitik sowie in der Erschliessung des Weltraums. Dies war gleichzeitig die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung seiner eigenen Vorrangstellung in der sowjetischen Partei- und Staatsführung.

Die Raketenkrise vom Oktober 1962 enthüllte die Fragwürdigkeit von Chruschtschews auf Bluff beruhender Aussenpolitik und setzte seiner Generaloffensive ein Ende. Von da an strebte er nach einer teilweisen Entspannung im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und zu Westeuropa, ohne dabei auf die Expansionspolitik in Asien, Afrika und Lateinamerika zu verzichten. Mitten in diesen Tastversuchen wurde er 1964 gestürzt.

Chruschtschews Erbe

Als aussenpolitisches Erbe hinterliess Chruschtschew seinen Nachfolgern weltweite wirtschaftliche und militärische Verpflichtungen, die, wie Molotow vorausgesehen hatte, die Kräfte des Sowjetstaates überstiegen. Zunächst verkannten die Nachfolger offenbar das Ausmass des Problems und glaubten die Schwierigkeiten, in die die sowjetische Aussenpolitik geraten war, durch eine blosse Stiländerung überwinden zu können. So hofften sie den Konflikt mit

China durch Abbau der ideologischen Polemik zu beseitigen. Das erwies sich als Illusion.

Der sowjetisch-chinesische Konflikt ist ein Kampf um die Vormacht in Asien. Die ersten Anzeichen waren schon Ende 1955 zu bemerken, als die chinesische Presse den Triumphzug Chruschtschews und Bulganins durch Indien totschwieg. Um sich mit China zu verständigen, müsste die Sowjetunion auf jeglichen Versuch verzichten, sich in Süd- und Südostasien eine Einflusssphäre zu schaffen. Sie müsste den chinesischen Hegemonieanspruch über diese Gebiete anerkennen. Das ist schwer vorstellbar, denn eine derartige Machtballung in Ostasien würde eine ernste Gefahr für den sibirischen Herrschaftsbereich der Sowjetunion darstellen. Aus dem gleichen Grunde – dem Streben nach Ausdehnung des sowjetischen Einflussbereichs auf Südostasien – ist auch nicht zu erwarten, dass die Sowjetregierung den Amerikanern durch Abbau der Waffenhilfe an Hanoi entgegenkommt.

Kuba stellt das lateinamerikanische Erbe Chruschtschews dar. Washington hatte es seinerzeit versäumt, im Gefolge der Raketenkrise auf dem vollständigen Rückzug der Sowjets aus der Insel zu bestehen, was nach dem Rückzug sowohl der Raketen wie der strategischen Bomber zweifellos zu erreichen gewesen wäre. Das Versäumnis war darauf zurückzuführen, dass Präsident Kennedy der von den Sowjetexperten des State Department vertretenen These Glauben schenkte, Chruschtschew müsse geschont werden, weil er sonst durch noch aggressivere Politiker ersetzt würde. So blieb die Sowjetunion im Besitz eines sowohl politisch wie militärisch wichtigen Stützpunktes in der westlichen Hemisphäre. Die Kosten waren für Moskau bisher tragbar. Allerdings sind sie jetzt im Wachsen begriffen, da Castro seinen Staatshaushalt nicht in Ordnung zu bringen versteht und der Zerfall in der kubanischen Volkswirtschaft weiter um sich greift. Die von Kuba inspirierten und organisierten Guerrillabewegungen und Terroraktionen in den lateinamerikanischen Ländern sind bisher erfolglos geblieben, aber die Macht ergreifung durch antiamerikanische Militärregierungen in Peru und Bolivien hat einer Ausdehnung des sowjetischen Einflussbereiches in Lateinamerika neue Möglichkeiten eröffnet. Moskau hat durch Entsendung von Wirtschaftsmissionen sein Interesse an der Entwicklung in beiden Ländern bekundet, sich aber bisher, soviel man weiß, nicht zu massiver Hilfeleistung im Falle einer weiteren Verschlechterung ihrer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten verpflichtet. Die Nachfolger Chruschtschews schrecken offenbar vor den Risiken zurück, die eine Erweiterung des sowjetischen Engagements in Lateinamerika mit sich bringen müsste. Wie lange diese Vorsicht andauern wird, ist eine andere Frage. Die Versuchung, Misserfolge an anderen Fronten durch einen neuen Vormarsch in Lateinamerika wettzumachen, könnte übergross werden, wenn zum Beispiel die Präsidentschaftswahlen im kommenden September in Chile ein linksradikales Regime zur Macht bringen.

In Afrika südlich der Sahara hat Moskau nach einer Reihe von Rückschlägen das wirtschaftliche und militärische Engagement reduziert, aber keineswegs völlig liquidiert. Durch Unterstützung der nigerianischen Zentralregierung im Sezessionskrieg gegen Biafra vermochte es in einem ihm bisher verschlossenen, bevölkerungsreichen Lande Einfluss zu gewinnen. Immerhin hat sowohl im tropischen Afrika wie in Lateinamerika die Dynamik der sowjetischen Außenpolitik seit Chruschtschews Sturz nachgelassen.

Hingegen wird im Mittleren Osten die Politik Chruschtschews mit voller Energie weitergetrieben. Die Vorteile dieser Politik liegen auf der Hand: Sicherung der verwundbaren südlichen Reichsgrenze, Verwirklichung des alten russischen Traums einer Machtstellung im Mittelmeer, Aussicht auf Ölquellen, Möglichkeit weiterer Vorstöße in südwestlicher Richtung. Die Risiken sind freilich gross. Die sowjetische Position im Mittleren Osten ist noch nicht konsolidiert. Sie beruht auf dem Versprechen, den Arabern zur Zurückdrängung und schliesslichen Überwindung Israels zu verhelfen. Dabei ist die technische Überlegenheit der israelischen Armee so gross, dass schon die blosse Verteidigung der arabischen Länder gegen einen massiven israelischen Angriff den Einsatz sowjetischer Luft- und Bodenkontingente erfordern würde. Die Entsendung grösserer sowjetischer Truppenkontingente nach dem Mittleren Osten würde aber unweigerlich eine internationale Krise grössten Ausmasses heraufbeschwören und zu einer Konfrontation mit den Vereinigten Staaten führen, die sich die Sowjetunion nicht leisten kann. Infolgedessen ist Moskau darauf angewiesen, dass Washington die Israelis straff am Zügel hält. Mit anderen Worten: es muss sich darauf verlassen, dass die Vereinigten Staaten den Zusammenbruch der sowjetischen Position im Mittleren Osten verhindern!

Klug dosierte Verständigungsgesten

Das setzt aber Verständigungsgesten an anderen Fronten voraus, um in Washington trotz der fortdauernden sowjetischen Präsenz an den östlichen und südlichen Gestaden des Mittelmeers die Hoffnung auf eine Generalverständigung wachzuhalten.

Eine Entspannung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen durch Abbau der sowjetischen Waffenhilfe an Hanoi würde freilich zum Verlust der sowjetischen Position in Südostasien führen. Bei Aufgabe des kubanischen Stützpunktes hätte die Sowjetunion einen weltweiten Prestigeverlust zu gewärtigen, der sich bis in ihren eigenen europäischen Herrschaftsbereich hinein negativ auswirken würde. Ein Rückzug aus Afrika südlich der Sahara wäre an sich weniger kostspielig und leichter zu bewerkstelligen, würde aber

den Glauben der Ägypter an die Macht des sowjetischen Verbündeten erschüttern.

Es gibt jedoch ein Gebiet, auf dem Moskau ohne Einbusse an Prestige und an Machtpositionen Verständigungsgesten machen kann, die einer günstigen Aufnahme in Washington gewiss sind: die Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen. Ob bei diesen Verhandlungen konkrete Resultate erzielt werden, ist eine andere Frage. Zwar ist anzunehmen, dass Kossygin aus Sorge um die sowjetischen Staatsfinanzen die Einstellung des Wettrüstens begrüßen würde. Seine Stellung im Führungsgremium ist aber kaum so stark, dass er es sich leisten könnte, wesentliche Abstriche am sowjetischen Rüstungsprogramm zu befürworten. Auch der amerikanische Verhandlungspartner dürfte weniger an allfälligen Resultaten selbst als an der beschwichtigen Wirkung der Verhandlungen auf den Kongress und auf die öffentliche Meinung interessiert sein. Im Pentagon ist man der Meinung, dass die Vereinigten Staaten mit ihrem überlegenen Wirtschaftspotential beim Wettrüsten den längeren Atem haben, und der Präsident scheint diese Ansicht zu teilen. Immerhin wirkt schon die blosse Tatsache, dass Verhandlungen stattfinden, entspannend.

Gleichzeitig sucht Moskau seine Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu verbessern, und es hat im Zuge dieser Bemühungen sogar seinen ostdeutschen Statthalter Ulbricht zu Verhandlungen mit der Bundesrepublik gezwungen. Dabei hat die sowjetische Diplomatie schon mit der blossem Geste der Verhandlungsbereitschaft einen bedeutenden Erfolg errungen. Das Treffen Brandt-Stoph stellt eine De-facto-Anerkennung des ostdeutschen Staates dar, gegen die sich die bisherigen Bundesregierungen stets gesträubt hatten. Ein Abbau der Schranken zwischen den beiden Teilen Deutschlands ist von diesen Verhandlungen nicht zu erwarten. Namhafte Erleichterungen im Personenverkehr zwischen Ost- und Westdeutschland würden die Stabilität des kommunistischen Regimes in Ostdeutschland erschüttern, und Moskau könnte sich eine solche Gefährdung seiner Kolonialherrschaft nicht leisten. Die Vorfälle beim Kanzlerbesuch in Erfurt haben erneut die grosse Anziehungskraft der Bundesrepublik auf die ostdeutsche Bevölkerung bewiesen.

Es ist eine Illusion, diese Verhandlungen für das Symptom einer grundsätzlichen Gesinnungswandlung der Sowjetregierung und für den Vorboten einer globalen Entspannung und Verständigung zu halten. Gerade weil die Sowjetregierung im Mittleren Osten eine risikoreiche Expansionspolitik betreibt, hält sie es für nötig, die Spannungen in Mitteleuropa herabzusetzen. Die Sowjetführer betrachten den Frieden durchaus nicht als unteilbar. Nicht einmal ein sowjetischer Einmarsch in Rumänien würde nach ihrer Ansicht der Entspannung in Deutschland widersprechen. Ein vorsichtiger Heerführer begnügt sich mit Teilstaffeln, wenn seine Kräfte für eine General-

offensive nicht ausreichen. Chruschtschew hatte mit unzureichenden Kräften eine Offensive an allen Fronten unternommen: gegen China, gegen die USA, gegen die europäischen Nato-Mächte, sodann in Asien, Afrika, Lateinamerika und im Herzen Europas. Seine Nachfolger mögen im Vergleich zu ihm mittelmässig, phantasielos und farblos wirken, aber sie haben zumindest bewiesen, dass sie die Kräfteverhältnisse realistischer beurteilen und dass sie aus seinen Fehlern gelernt haben. In ihrer Aussenpolitik haben sie eine bemerkenswerte Manövriertfähigkeit und ein beachtliches diplomatisches Geschick an den Tag gelegt. So konnten sie bisher im wesentlichen die von Chruschtschew allzu weit vorgetriebenen Positionen halten, und sie mussten den zunächst unvermeidlich scheinenden allgemeinen Rückzug nicht antreten.

Ausblick

Es ist zu bezweifeln, dass ihnen das auf die Dauer weiter gelingen wird. Zur Zeit verändert sich das Kräfteverhältnis gegenüber dem Westen zu Ungunsten der Sowjetunion. Der wirtschaftliche und technologische Vorsprung Westeuropas und noch mehr derjenige der Vereinigten Staaten ist im Wachsen begriffen, statt sich, den Hoffnungen Lenins, Stalins und Chruschtschews gemäss, zu verringern. Es sieht immer weniger danach aus, dass die Sowjetunion den Westen «einholen und überholen» wird. Sie hat nicht einmal ihren Vorsprung in der Weltraumschiffahrt behaupten können. Gerade auf diesem Gebiet, auf dem sie bahnbrechend war, ist sie selber eingeholt und überholt worden.

Aus alledem würde sich für die sowjetische Aussenpolitik ein allmählicher Verlust der Dynamik, ein Rückzug hinter die Grenzen des Reiches ergeben. Der Rückzug würde zur Abschliessung von westlichen Einflüssen, zur Verschärfung des Polizeiterrors gegen das eigene Volk und zur Militärherrschaft über die Satelliten führen. So würde sich die Politik des alten Molotow zuguterletzt doch noch durchsetzen.

Weltpolitische Prognosen sind jedoch immer fragwürdig. Man kann zwar die bisherige Entwicklung der Kräfteverhältnisse in die Zukunft projizieren. Aber erstens bleiben selbst dem schärfsten Beobachter manche, unterirdisch verlaufende Entwicklungen verborgen. Und zweitens spielt der unberechenbare Zufall in der Weltgeschichte eine wesentliche Rolle: Menschliche Schwächen, Fehlrechnungen, die Verkettung glücklicher oder unglücklicher Umstände, aber auch die Macht der Persönlichkeit, das plötzliche Auftauchen einer glückbringenden oder verhängnisvollen Führergestalt, haben immer wieder den Lauf der Geschichte geändert.

So könnte wider Erwarten und gegen jede Wahrscheinlichkeit in der Sowjetunion ein neuer Peter der Grosse erstehen, um die Fenster zum

Westen aufzustossen und der widerspenstigen Partei- und Staatsbürokratie die notwendigen wirtschaftlichen und politischen Reformen aufzuzwingen. Oder der Funke der Revolution könnte aus einem der Satellitenstaaten auf die Sowjetunion überspringen. Und schliesslich gibt es noch eine Möglichkeit, die wohl jedem Leser gegenwärtig ist: dass nämlich Westen und Sowjetunion gemeinsam in einem durch menschliches Versagen, durch Unachtsamkeit oder Wahnsinnstat ausgelösten Atomkrieg untergehen.

Integrationsfragen in Osteuropa

Die Sowjetunion vor neuen Problemen im Comecon

MICHAEL KASER

Meinungsverschiedenheiten...

Vor etwas mehr als zwanzig Jahren, am 25. Januar 1949, wurde in Moskau das Comecon, der «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe», aus der Taufe gehoben. Die letzjährigen Veranstaltungen zur Feier der zwanzigsten Wiederkehr des Gründungstages waren weniger durch die selbstgefällige Verherrlichung der Vergangenheit als vielmehr durch Meinungsverschiedenheiten über den künftig einzuschlagenden Weg gekennzeichnet. Vom 21. bis 23. Januar fand in Berlin eine Gedenksitzung des Comecon-Rates statt, und vom 23. bis 26. April 1969 trafen sich in Moskau die Regierungschefs und die Ersten Sekretäre der kommunistischen Parteien der Mitgliedstaaten zu einer «Sondersession», einem eigentlichen Gipfeltreffen.

In der Zeit zwischen diesen beiden Anlässen entwickelte sich eine rege öffentliche Auseinandersetzung über wirtschaftliche Integrationsprobleme Osteuropas. Übereinstimmende Ansichten herrschten nur darüber, dass «mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeit der Kommissionen des Comecon und zum Ausbau ihrer Funktionen bei der Organisation der Zusammenarbeit begonnen werden sollte», und bis zur 44. Sitzung des Exekutivkomitees des Comecon, die vom 11. bis 16. Dezember in Moskau stattfand, hatte man sich über die beiden ersten durchzuführenden Massnahmen geeinigt. Diese sollten in der Harmonisierung juristischer Verfahren und in der Koordination der wissenschaftlichen und technischen Forschung bestehen.

Im Verlauf des Jahres 1969 wurden zwei weitere wichtige Beschlüsse gefasst: Am Gipfeltreffen im April vereinbarte man die Gründung einer Investment-Bank, und an der Dezember-Sitzung des Exekutivkomitees wurde beschlossen, ein «Internationales Institut für die Wirtschaftsprobleme des Sozialistischen Weltsystems» zu errichten. Ferner wurden letztes Jahr Entwürfe für eine neue, einheitliche Warenklassifizierung im Aussenhandel und für standardisierte Vorschriften für den Strassengütertransport zwischen den Mitgliedstaaten fertiggestellt. Auf dem traditionellen Gebiet der Zusammenarbeit innerhalb des Comecon – der «internationalen sozialistischen Arbeitsteilung» – ist als wichtigster Schritt in die Zukunft ein Übereinkommen über die Computer-Produktion zu erwähnen. Schliesslich deutete der Beschluss der Statistischen Kommission, ein «Statistisches Jahrbuch des Comecon» zu veröffentlichen, auf eine neue Bereitwilligkeit hin, das Wirtschaftsgeschehen im Comecon für den Aussenstehenden transparenter erscheinen zu lassen.

Das zweifellos bedeutsamste Merkmal der ganzen Auseinandersetzung im vergangenen Jahr war die Bereitschaft, voneinander abweichende Auffassungen einer breiteren Öffentlichkeit vorzulegen. In den fünfziger Jahren hatte die Presse so gut wie nichts über auftretende Meinungsverschiedenheiten berichtet. Auch von der tiefgreifenden Verstimmung zwischen Rumänien und den übrigen Partnern erfuhr man nur durch geheimnisvolle Andeutungen in Presseartikeln und Reden, und nie kam es zu einer offenen Darlegung der verschiedenen Standpunkte. Dies hat sich mittlerweile geändert, und neuerdings beteiligen sich nicht nur Regierungssprecher, sondern auch Wirtschaftswissenschaftler an der Diskussion; ein wenige Tage vor der Berliner Januar-Gedenksitzung in Warschau durchgeführtes Wirtschaftskolloquium eröffnete die erste Phase dieses umfassenderen Gesprächs.

Sowjetische Wünsche – polnische, ungarische und rumänische Ansichten

Das im Verlauf dieses Meinungsaustauschs von den Sowjets immer wieder vorgebrachte Hauptanliegen war die Wünschbarkeit einer Ergänzung der politischen Integration durch eine wirtschaftliche Integration. Ihrem Vorgehen gereichte die Situation, wie sie seit der Invasion der Tschechoslowakei durch die sowjetische Armee und die Truppen von vier weiteren Signatarstaaten des Warschaupakts im August 1968 bestanden hatte, zum Vorteil. Zwar hatte die tschechoslowakische Regierung noch vor der Besetzung des Landes unmissverständlich ihre Absicht bekundet, auch weiterhin sowohl dem Comecon als auch dem Warschaupakt als Mitglied anzugehören, doch machte die Ablösung Alexander Dubceks durch Gustav Husak an der Spitze der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei unmittelbar vor der April-Gipfelkonferenz – dem ersten internationalen Treffen, dem Husak in

seiner neuen Eigenschaft beiwohnte – noch deutlicher, wie sehr sich die Tschechoslowakei nach der sowjetrussischen Politik ausrichten musste.

Den ersten Hinweis auf die Entschlossenheit der sowjetischen Regierung, die Zukunft des Comecon neu zu gestalten, lieferte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Leonid Breschnew, am 12. November 1968, anlässlich des Fünften Kongresses der Vereinigten Arbeiterpartei Polens. «Eine umfassendere internationale sozialistische Arbeitsteilung, Zusammenarbeit und Spezialisierung wird es uns ermöglichen», so erklärte er, «die Vorzüge des Sozialismus viel intensiver zu nutzen, die Wirtschaft jedes unserer Länder noch schneller zu entwickeln und neue Erfolge im wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus zu erzielen.» Er kündigte an, dass ein Gipfeltreffen von Regierungs- und Parteiführern einberufen werde. Bereits im März zuvor war an einer Gipfelkonferenz in Dresden, die sich mit politischen Problemen befasste, ein Beschluss in diesem Sinne gefasst worden, allerdings unter anderen internationalen Voraussetzungen.

In der Zeit vom Oktober 1968 bis zum Januar 1969 erschienen drei grundlegende Artikel aus polnischer, ungarischer und rumänischer Feder, welche – wie man wohl mit Sicherheit annehmen darf – genau den Ansichten der drei Regierungen entsprachen, die als Hauptsprecher auftreten sollten. Ein Artikel im Organ der Polnischen Staatlichen Planungskommission, *Gospodarka planowa* (Nr. 10, 1968), stammt aus der Feder des Wirtschaftsberaters im Außenministerium, Zbygniew Kamecki. Darin vertritt der Verfasser die Ansicht, dass «die Comecon-Staaten vor der stets wachsenden Notwendigkeit stehen, nicht nur die Zusammenarbeit zu verstärken, sondern die Wirtschaft der beteiligten Länder tatsächlich zu integrieren». Der Weg dazu führe nicht über eine bilaterale Verrechnung durch die einzelstaatlichen Außenhandelsmonopole, sondern über einen Handel zwischen den einzelnen verstaatlichten Firmen erfassendes multilaterales Zahlungssystem. Er sprach von «einer Art gemeinsamem Markt des Comecon», einer Idee, welche auch von Reszo Nyers, der für Wirtschaftsreformen zuständige Sekretär der Ungarischen Arbeiterpartei, am 23. Januar 1969 in der Parteizeitung *Nepszabadság* vertreten wurde. Nyers propagierte «ein modernes Zahlungssystem innerhalb des Comecon»; ein solches System würde die Errichtung einer Art von Freihandelszone ermöglichen, in welcher zwar die Zölle der inländischen Wirtschaft das jeweils gewünschte Ausmass an Schutz bieten würden, zugleich aber die Wettbewerbsintensität des Comecon-internen Gütertausches verbessern könnten. Eine anderslautende Ansicht äusserte Gennady Sorokin, der damalige Direktor der Instituts für Sozialistische Wirtschaft an der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften. In einer der Fachzeitschriften der Akademie, *Voprosy ekonomiki*, Nr. 12, 1968, schrieb er, die Integration müsse auf einer intergouvernementalen Basis

herbeigeführt werden. Vorschläge dieser Art hatten aber bereits 1964 den Einspruch Rumäniens nach sich gezogen.

Der Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei, Ceausescu, hielt freilich mit der Stellungnahme seiner Regierung zurück bis zum 18. April, also bis unmittelbar vor Beginn der Moskauer Gipfelkonferenz. In einer Rede vor einer Studentenversammlung erklärte er damals, Rumänien könne nicht mit einer «geschlossenen Organisation» zusammenarbeiten. Damit trat er implizite – wie es sein Vorgänger schon 1964 getan hatte – für die Comecon-Mitgliedschaft der Volksrepublik China, Jugoslawiens und Kubas ein. Zur Zeit des tiefsten Standes der chinesisch-russischen Beziehungen – erst im Monat zuvor hatten sich die Scharmützel am Ussuri ereignet – konnte eine chinesische Mitgliedschaft freilich überhaupt nicht in Betracht kommen. Die chinesische Presse kommentierte das Berliner Treffen mit der bekannten Gehässigkeit, und das *Peking Review* behauptete in seiner Ausgabe vom 14. Februar, «die sowjetrussischen Revisionisten trieben die Umwandlung der Comecon-Länder in Kolonien voran und verunmöglichten dadurch die unabhängige Entwicklung der nationalen Wirtschaft der Mitgliedstaaten».

Im Communiqué der Moskauer Gipfelkonferenz vom April kamen einzelne Aspekte sowohl der polnisch-ungarischen als auch der sowjetrussischen sowie der rumänischen Ansichten zum Ausdruck. Mit der Ankündigung, es werde eine Investment-Bank errichtet, ging es auf den Wunsch der den multilateralen Standpunkt vertretenden Staaten nach einer «aktiveren Benützung monetär-finanzialer Beziehungen und internationaler Kredite» ein; mit der Empfehlung, das Comecon sollte «seine Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Verbesserung und den Ausbau der Planungscoordination ... konzentrieren», gab es den sowjetischen Ansichten Raum; schliesslich wurde immer wieder betont, die Souveränität und die nationalen Interessen der Mitglieder würden respektiert. Rumänien, das schon immer das zuletzt erwähnte Anliegen verfochten hatte, unterzog sich offensichtlich dem Willen der Mehrheit, und am Zehnten Kongress seiner Partei vom 6. bis 12. August erklärte Ceausescu, dass «die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb des Comecon nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Einsetzung supranationaler Behörden stehe».

«Wirtschaftliche Integration» als Fortsetzung der «politischen Integration»

Zu Beginn des dritten Jahrzehnts seines Bestehens war man sich im Comecon der Tatsache bewusst geworden, dass sich gewisse Veränderungen nicht mehr aufschieben liessen, wenn seine Existenz auch weiterhin noch irgendwelchen Sinn haben sollte. Allerdings bestand kein Zweifel darüber, dass die Organisation auch in der Zukunft eine wichtige Rolle im Rahmen der so-

wjetischen Aussenpolitik spielen wird. In der Tat hielt Sorokin in seinem bereits erwähnten Artikel mit aller Deutlichkeit fest, dass die sowjetrussischen Vorschläge zur «wirtschaftlichen Integration» nichts anderes als die logische Folge der Vorschläge zur «politischen Integration» seien.

In dieser Beziehung vollzog sich in der Politik der Sowjetunion im Jahr 1969 ein Wechsel. Denn seit der russisch-rumänischen Kontroverse in der Zeit von 1962 bis 1964 war die Sowjetunion – mindestens in den für die Öffentlichkeit bestimmten Verlautbarungen – stets bemüht gewesen, die grossen Kosten hervorzuheben, die dem Land aus seiner Mitgliedschaft im Comecon erwuchsen. Oleg Bogomolow, der Spezialist für Angelegenheiten des Comecon und seit Frühling 1969 Nachfolger Sorokins als Direktor des Instituts für Sozialistische Wirtschaft, hatte schon seit langer Zeit bereit und unermüdlich die Auffassung vertreten, dass die Produktion der für die Mitglieder des Comecon bestimmten Rohmaterialien ungewöhnlich hohe Investitionskosten verursache und damit die Austauschrelationen seines Landes ungünstig beeinflusse¹. Seinen ersten diesbezüglichen Artikel veröffentlichte er in *Voprosy ekonomiki*, Nr. 11, 1963, zur gleichen Zeit also – und gewiss nicht zufällig – als dasselbe Argument in der Ausgabe vom 16. November 1963 des Wirtschaftsorgans der Kommunistischen Partei, *Ekonomicheskaya gazeta*, erschien. Etwas später legte Bogomolow seine Ansichten nochmals detailliert dar, und zwar in der Zeitschrift von Sorokins Institut, *Mirovaya ekonomika i mezhdunarodniye otnosheniya* (Nr. 5, 1966). Der gleiche Fachmann erhob etwas später im Jahr 1966 im theoretischen und ideologischen Parteiblatt *Kommunist* (Nr. 18) die Forderung, die Mitglieder des Comecon sollten die von der Sowjetunion empfangene technische Hilfe bezahlen. Die ersten Schritte in Richtung einer Umwandlung der 1949 vereinbarten freien Basis als Grundlage für den Austausch technischer Informationen innerhalb des Comecon zu einem neuen Verfahren von jeweils ausgehandelten Zahlungen unternahmen Anfangs 1967 bilaterale Regierungskommissionen². Schliesslich enthielt sich die Sowjetunion in der entscheidenden Frage, ob der «transferierbare Rubel» der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit konvertierbar zu machen oder ob ihm wenigstens einige Merkmale einer konvertierbaren Währung zu verleihen sei, einer eindeutigen Stellungnahme, obwohl sich der Sitz dieser internationalen Bank in Moskau befindet und die Mitgliedschaft identisch ist mit der Mitgliedschaft beim Comecon.

An der Sitzung der Finanzkommission des Comecon in Kiew im Mai 1965 und an der Exekutivkonferenz des Comecon in Leningrad im Juni 1965 unterbreitete die polnische Regierung ihren ursprünglichen Vorschlag betreffend die Umwandlung eines Teils der Schulden an transferierbaren Rubeln in konvertierbare Währungen. Dazu bemerkte die polnische Zeitung *Zycie Warszawy* am 8. Juli 1965: «Wie sich aus zahlreichen Erklärungen

und Veröffentlichungen schliessen lässt, trafen die polnischen Vorschläge bei einigen andern Volksdemokratien auf Zustimmung. Die Haltung der Sowjetunion in dieser Angelegenheit ist bis jetzt noch nicht bekannt.»

Der Entscheid der Sowjetunion, im Comecon intensiver mitzuarbeiten, geht zwar in erster Linie auf Überlegungen in bezug auf die eigenen aussenpolitischen Absichten zurück. Er wird aber auch von beträchtlichem Einfluss auf die Aussenhandelsbeziehungen des Landes sein. Zweifellos scheint sich die Sowjetunion heute bereit zu finden, ihren Partnern eine ernstgemeinte Zusammenarbeit anzubieten, wodurch das Comecon auch den andern Mitgliedern einen echten Vorteil bringen würde. Freilich bleibt die Frage noch offen, was jene andern Mitglieder wirklich wollen. Sollten sie sich in ihrer Mehrheit hinter die polnisch-ungarischen Vorschläge stellen, so wäre für die Gestaltung der Wirtschaft in den einzelnen Staaten der Weg der «gelenkten Marktwirtschaft» vorgezeichnet; sollte man aber die vor 1964 erörterten Konzeptionen weiter verfolgen, so würde dies dem staatlichen Wirtschaftsdirigismus, den Ungarn und die Tschechoslowakei 1968 abbauten, neuen Auftrieb verleihen. Der wirtschaftliche Dezentralisierungsprozess im Innern der einzelnen Staaten lässt sich nicht vom Dezentralisierungsprozess im Gesamtbereich des Comecon trennen.

¹ Professor Peter Wiles analysiert Bogomolows Argumente im Detail in seiner Arbeit «Communist International Economics», Oxford 1969, S. 242–248; an anderer Stelle bezeichnete er ihn als den «Austauschrelationen-Bogomolow», da sich dieser in den Jahren 1963 bis 1968 so häufig

mit dem Thema beschäftigt hatte. – ² Zur Geschichte des Austausches von technischem Wissen unter den Comecon-Mitgliedern vgl. Michael Kaser, «Comecon: Integration Problems of the Planned Economies», London, 1967, S. 156–158.

Die Bildungsprinzipien in der Sowjetunion

CHRISTIAN GRAF VON KROCKOW

Kindergärten als Grundlage

Das Bildungswesen der Sowjetunion nötigt dem westlichen Besucher zunächst einmal Respekt, ja Bewunderung ab: Ein Land, dessen Bevölkerung noch vor wenigen Jahrzehnten in der Mehrheit aus Analphabeten bestand, besitzt heute eines der leistungsfähigsten Ausbildungssysteme der Welt.

Es beginnt auf seiner untersten Stufe mit Kinderkrippen und Kindergärten, die für die grosse Mehrheit der Kinder – etwa 80 Prozent – zur Verfügung

stehen, in der Regel als Ganztagsseinrichtungen mit reichhaltiger materieller, vor allem aber personeller Ausstattung: Die Leitung untersteht meist einer Kinderfachärztin, und die Kindergartenlehrerinnen haben eine Ausbildung erhalten, die sie nach Zeitspanne und Besoldung Mittelschullehrern vergleichbar macht. Einschliesslich des Hilfspersonals kommt auf vier bis fünf Kinder eine Betreuerin.

Man mag zwar Zweifel am Wert von Kinderkrippen – bis zum dritten Lebensjahr – anmelden: Wäre die individuelle mütterliche Zuwendung nicht wichtiger als eine noch so einwandfreie hygienische Betreuung? Tatsächlich sieht man manchmal blass-traurige Mondgesichter, die das Stichwort «Hospitalismus» aufdrängen. Bei den Älteren verliert sich jedoch dieser negative Eindruck; die Kinder des Kindergartens machen durchweg einen gesunden und fröhlichen, obschon ungeheuer braven Eindruck – da gibt es kein Toben auf dem Fussboden, und sogar gespielt wird adrett auf Stühlen und an Tischen. Dieser «Bravheitsstil» durchzieht übrigens das Bildungssystem bis hin zu den Hochschulen und spiegelt offenbar – mit gelegentlichen eruptiven Ausbrüchen in «Hooliganismus» und Alkoholismus – Prägungen der Sowjetgesellschaft insgesamt.

Vor aller Kritik sollte aber anerkannt werden, dass mit dem Ausbau der Kindergärten zur Grundlage des Bildungssystems Entscheidendes geleistet wird nicht nur für die Entlastung berufstätiger Mütter – was wichtig genug ist –, sondern – was noch wichtiger ist – für die Herstellung von Chancengleichheit. Es ist heute eine empirisch gesicherte Einsicht, dass die Weichen des Schulerfolgs weitgehend schon im Vorschulalter gestellt werden, besonders durch die Entwicklung des sprachlichen Vermögens. Was daran versäumt wird, weniger durch Schuld als durch ein sozial bedingtes Unvermögen von Eltern, die so eigene Benachteiligungen vererben, das lässt sich später kaum mehr einholen. Denn Begabungen mögen zwar angeboren sein, sie müssen jedoch frühzeitig entwickelt, trainiert werden, sonst verkümmern und verderben sie.

Die sowjetische Vorschulerziehung macht grösste Anstrengungen, um diese Begabungsentfaltung für alle Kinder zu sichern. Bezeichnend ist nicht zuletzt, dass für die Minderheit, die keinen Kindergarten besuchte und der deshalb Benachteiligung droht, sogenannte «Null-Klassen» geschaffen werden: Kurse, die dem ersten Schuljahr vorgeschaltet sind, um ein gleichmäsiges Anfangsniveau zu sichern.

Die sowjetische Grundschule

Die sowjetische Schule befindet sich im Übergang zur zehnjährigen Grundschule als verbindlicher Einrichtung für alle. Wer sowjetische Schulen be-

tritt, dem fällt zunächst besonders die grosse Einheitlichkeit und Regelmässigkeit auf. Gleiche, mindestens sehr ähnliche Verhältnisse trifft man in den verschiedensten Orten und Regionen. Angesichts des strikt zentralistischen sowjetischen Gesamtsystems ist das kaum überraschend. Zweitens fällt auf, dass die Schulen nur selten modern wirken: ausgetretene Korridore, oft nicht sehr helle Räume, etwas muffige Gerüche mit deutlicher Lysoltönung. Aber die Ausstattung ist durchaus reichhaltig; Räume für den naturwissenschaftlichen Unterricht, Schulwerkstätten und besonders die Schulbibliotheken sind wohlassortiert. Eine dritte Beobachtung, die sich sehr bald aufdrängt, betrifft den inneren Stil, der dem äusseren Eindruck entspricht: strengste Disziplin vom Direktor über die Lehrer zu den Schülern hin, strenger Lern- und Leistungsunterricht. Der Lehrer fragt ab, die Kinder antworten oder wiederholen, was der Lehrer sagte. Zensuren gibt es in jeder Stunde. Von selbständigen Rück-Fragen der Kinder an den Lehrer, von eigenständiger Problemdiskussion, von freier Gruppenarbeit ist folgerichtig wenig oder nichts zu bemerken.

Wer daraus auf Bedrücktheit, Geängstigkeit, Leistungsneurosen schliesst, sieht sich getäuscht; die Kinder machen einen frischen, unbeschwert, durchaus unneurotischen Eindruck. Die Erklärung ist vor allem wohl in einem eigentümlichen Dogma der Sowjetschule zu suchen, in der Lehre, dass jedes Kind begabt sei – sofern es nicht wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen eine Sonderschule besuchen muss – und dass deshalb kein gesundes Kind sitzenbleiben müsse. Der Lern- und Leistungsdruck wird also nicht – jedenfalls weniger als bei uns – in individuelle Konkurrenz und Versagensangst umgesetzt. Falls doch einmal ein Kind versagt und sitzenbleibt, dann gilt nicht dieses Kind als schuldig, sondern seine Umgebung: der Lehrer, der ungenügend förderte, die Klassengemeinschaft, die nicht half, Eltern, die ihr Kind vernachlässigten. Das Resultat lässt sich mit Zahlen belegen: In einer Schule mit 340 Schülern gab es seit Jahren keinen Sitzenbleiber mehr, in einer anderen waren es von 800 vier usw.

Natürlich beginnen hier kritische Fragen: Ist das alles überhaupt realistisch? Ist es nicht vielmehr Ideologie? Gibt es keine Begabungs- und Leistungsunterschiede? Ganz gewiss gibt es diese, und unvermeidbar erleidet das System schliesslich auch einen Bruch: Wer nämlich nach erfolgreichem Schulabschluss studieren will, muss sich einer rigorosen Aufnahmeprüfung stellen, und da es weit mehr Studienbewerber als Studienplätze gibt, scheitert die Mehrheit an dieser Konkurrenz- und Ausleseklippe.

Bevor wir indessen mit überheblichem Reflex reagieren, sollten wir uns um eine – vielleicht sogar selbstkritische – Würdigung bemühen. Die positive Seite des Systems scheint nämlich darin zu liegen, dass es dem Schüler Hilfe zur Leistungsentfaltung bietet, etwa nach dem Motto: «Alle können, also kannst du auch! Und wir alle helfen dir, damit du dein Können auch heraus-

bringen kannst.» Kinder sind sensibel, und es gibt einen wichtigen psychologischen Faktor, den der amerikanische Begriff der «self-fulfilling prophecy» meint: Ein Kind, zu dem Glauben *ermutigt*, es könne etwas leisten, leistet auch etwas; ein Kind, zu dem Glauben *entmutigt*, es werde versagen, versagt.

Damit ist wiederum nichts gegen Begabungsunterschiede gesagt. Aber es besteht ein oft unterschätzter Spielraum für die Entfaltung oder das Verdorren von Begabungen. Das haben besonders amerikanische Untersuchungen klar herausgebracht: Durch entsprechende Klimaveränderungen der Lernumstände, durch Er- oder Entmutigung kann der sogenannte Intelligenzquotient oft in kurzer Zeit erstaunlich weit gehoben oder gesenkt werden. Die sowjetische Schule mag deshalb von einer wenig realistischen Gleichheitsideologie bestimmt sein; sie leistet gleichwohl Bedeutendes für die allgemeine Begabungsentfaltung und erreicht durchweg ein hohes Leistungsniveau. Und sie tut es gerade kraft ihrer Ideologie in einem Schonraum, der Versagens-, Angst- und Schuldneurosen abwehrt oder mindestens stark abmildert.

Hochschulen und Universitäten

Betrachtet man die zahllosen Fachhochschulen und die Universitäten, so begegnet man ähnlichen Prinzipien wie in der Schule: straffe Disziplin, unerschütterte Autoritätsverhältnisse, hoher Lern- und Leistungsdruck mit ständigen Prüfungen nach genau vorgegebenen – auch dem Dozenten vorgegebenen – Studien- und Stoffplänen, wenig Problemdiskussion. Aber es gibt eine erstaunliche Produktionsbewusstheit: Eine der ersten Auskünfte, die man etwa in pädagogischen Hochschulen regelmäßig erhält, ist, wie viele Lehrer insgesamt diese Hochschule seit ihrer Gründung herangebildet hat.

Zum Bilde gehört noch eine andere Auskunft, nämlich die Aufgliederung der Studentenzahl nach «Direkt»-, Abend- und Fernstudenten. Insgesamt sind weniger als die Hälfte aller Studenten «normale» Studenten in unserem Sinne. Die anderen sind es im Nebenberuf, aber alle haben die Möglichkeit zu vollgültigem Examensabschluss. Nun ist ein Studium zur linken Hand gewiss keine leichte Sache, und viele dürften scheitern. Es bleibt jedoch, dass den Bildungswilligen und Leistungsfähigen Chancen geboten werden, dass die Hochschulen für das Fern- und Abendstudium ausdrücklich die Verantwortung tragen und sie nicht, wie zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland, oft recht zweifelhaften Aussenseiterinstitutionen überlassen, dass die immatrikulierten Fernstudenten zweimal im Jahr für einen Monat bezahlten Bildungsurlaub erhalten, damit sie an den Hochschulen die notwendigen Experimentierkurse und ähnliches absolvieren können.

Vieles liesse sich noch erwähnen, was aus Raummangel nicht näher geschildert werden kann: von den vorbildlichen Kinderspielplätzen überall, über die systematische Elternschulung und die Pionierpaläste (etwas schief übersetzt: «Jugendfreizeitheime»; sie ergänzen die Schulen in enger Zusammenarbeit und fallen einmal mehr durch reichhaltige materielle und personelle Ausstattung auf), bis hin zu den zahlreichen Weiterbildungseinrichtungen und dem bewundernswerten öffentlichen Bibliothekswesen. Fügt man alles zu einem Gesamtbilde zusammen, so wird wahrscheinlich der Besuchereindruck verständlich, es handle sich um ein Land der Bücherwürmer, der Lesebesessenen und Bildungsbeflissensten, um eine «Lerngesellschaft», nicht nur im Kindes- und Jugendalter, sondern fast ebenso bei den Erwachsenen. Und da uns die Experten prophezeien, dass die künftige Gesellschaft einzig als eine lebenslange Lerngesellschaft werde bestehen können, könnte es scheinen, als sei die Sowjetunion besser als viele andere Nationen auf eine solche Zukunft vorbereitet.

Eine Lerngesellschaft? – Zwiespältiger Gesamteindruck

Aber bei aller Bewunderung bleibt Skepsis geboten und der Gesamteindruck zwiespältig. Dieser Zwiespalt hängt mit der Vieldeutigkeit des Begriffs «Lernen» zusammen; am gesamten sowjetischen Bildungswesen erscheint kaum etwas so augenfällig wie der Umstand, dass der ganze, oft überschwengliche Lern- und Leistungseifer in öder, gegebenheitsgläubiger Stoffhuberei ertrinkt. Der Mangel an Spontaneität, an freier Gruppenarbeit und offener, kritischer Problemdiskussion ist unübersehbar. Einschlägige Mängel werden zwar auch im Westen von Reformern häufig beklagt, doch mit den sowjetischen Verhältnissen verglichen sind unsere Schulstuben und Seminare Musterstätten der freien Diskussion und kritischen Problembe trachtung. Mancher wird womöglich sagen: Das ist gerade das Übel bei uns, dass es so wenig unbezweifelte Autorität mehr gibt und dass zu viel diskutiert, aber zu wenig gelernt wird. So gesehen ist ausgerechnet die dem Kommunismus verschriebene Sowjetunion ein markant konservatives Land, ein wahres Paradies für ruhebedürftige Schulmeister und Professoren: Land der autoritären Hierarchie, der Ordnung und der Disziplin.

Doch die Frage bleibt, ob das alles den Anforderungen der künftigen Lerngesellschaft gerecht wird; es ist sehr zu bezweifeln. Denn es wird nicht mehr darum gehen, Wissensstoffe zu speichern, die rasch und immer rascher veralten und die man auch aus Datenbänken von vielerlei Art wird beziehen können. Worauf es vielmehr entscheidend ankommt, das ist das Erlernen des ständigen Lernens im Sinne von Offenheit, Umstellungsvermögen, Selbstständigkeit und Problembewusstsein. Genau daran mangelt es in der Sowjet-

union, auch im institutionellen Sinne, denn abgesehen von wiederum stoffbezogenen Veränderungen der Lehrpläne und -bücher wird geleugnet, dass es überhaupt grundlegende Reformprobleme gibt.

So bleibt also ein seltsamer Widerspruch. Dass er nicht nur dem subjektiven Eindruck des westlichen Besuchers entspringt, sondern objektiv in der Sowjetordnung insgesamt angelegt ist, soll im folgenden gezeigt werden.

Der Glaube an den Fortschritt

Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass die Sowjetgesellschaft und ihr Bildungswesen fortschrittsgläubig sind, und zwar vor allem in einem technologischen Sinne, der sich möglichst quantitativ ausdrücken lässt. Überall wird man mit Zahlen überschüttet. Riesige, permanente Ausstellungen in den Hauptstädten der Unionsrepubliken sollen nicht nur «Erfolgsgeschichten» propagandistisch untermauern – wieviel mehr man heute produziert als vor der Revolution, wie herrlich weit man es also gebracht hat und künftig noch bringen wird –, sondern diese Ausstellungen sind durchaus pädagogisch angelegt, sie haben ihren Platz in der Jugend- und Erwachsenenbildung.

Symbol des Fortschritts ist vor allem die Weltraumrakete – man findet sie in Holzmodellen bereits auf den Kinderspielplätzen. In Leningrad war der Verfasser vor fünf Jahren gerade in einer Schule, als der erste Drillingsflug sowjetischer Kosmonauten gemeldet wurde, und die sonst so braven Kinder gerieten bei dieser Meldung fast ausser Rand und Band. Gagarin war der Prototyp des neuen, positiven Helden. Astronomie ist ein mögliches Schul-Wahlfach. Volkssternwarten und Planetarien findet man in grosser Zahl.

Der Fortschrittsgedanke wird aber konsequent auch auf das Verhältnis zur Geschichte angewandt. Malenkov, als er noch zur Spitze der Parteiprominenz gehörte, hat einmal gesagt: «Den vom Volk isolierten und ihm entfremdeten herrschenden Klassen des zaristischen Russland fehlte der Glaube an die schöpferischen Kräfte des russischen Volkes. Sie hielten es für ausgeschlossen, dass Russland sich aus eigener Kraft von seiner Rückständigkeit befreien könnte.» Das klingt fast so, als werde der Zarismus nur verurteilt, weil ihm der Glaube an den Fortschritt fehlte und mit ihm die Energie, ihn zu verwirklichen. Und man erinnert sich an das Wort Lenins, wonach Sozialismus gleich Sowjetmacht plus Elektrifizierung sei; heute begegnet man dem Wort in Gestalt eines pädagogischen Schaumodells, wobei alle inzwischen gebauten Kraftwerke auf der Karte der Sowjetunion in bunten Lämpchen aufleuchten.

Die Beurteilung des Zarismus ändert sich von der Spätphase zu früheren Epochen hin. Besonders Peter der Große gilt ganz unumstritten als «der

Grosse», weil er das Tor zum Westen aufgestossen, Russland auf den Weg des Fortschritts gebracht und den Grundstein zur russischen Vormacht in Osteuropa gelegt hat.

So gehört das Fortschrittsdenken zum Geschichtsbewusstsein der Sowjetgesellschaft ebenso wie zu ihrer Zukunftserwartung, zu ihrer Pädagogik wie zur Legitimationsgrundlage der politischen Führung. Man mag zwar bezweifeln, ob zum Verheissungsgehalt des Sozialismus ursprünglich nicht mehr gehörte als der technologisch abzumessende Fortschritt, der sich in Elektrifizierungsschaubildern niederschlägt. Aber die Mehrheit der Menschen scheint damit zufrieden zu sein. Schliesslich gibt es ja auch sichtbare Fortschritte in der Hebung des Lebensstandards, im Wohnungsbau usw., so bescheiden auch immer sich das nach westlichen Massstäben noch ausnehmen mag. Ausserdem darf man nicht vergessen, dass durch die Entwicklung des auf Chancengleichheit hin angelegten Bildungswesens so vielen Menschen konkrete Entfaltungs-, Aufstiegs- und Emanzipationsmöglichkeiten gewährt wurden.

Erstarrte Dogmatik

Aber so grossartig das alles sein mag, man stösst doch wieder auf den Grundwiderspruch, dass das Fortschrittsdenken keineswegs eine unbefangene Zuwendung zu offenen Zukunftshorizonten signalisiert, sondern unter eine vorgegebene Dogmatik gebannt bleibt. Diese Dogmatik hat weit weniger, als das gängige Schlagwort «totalitär» suggeriert, den Charakter einer alle Lebensbereiche durchdringenden Gängelung, wohl aber, und dies allerdings um so penetranter, den eines pseudoreligiösen Kults.

In seinem Zentrum steht Lenin – Lenin überall: Denkmäler, Plakate, Spruchbänder, ganz besonders: Lenin in den Bildungsstätten, vom Kindergarten bis zur Universität. Um nur die Schulen als Beispiel zu nehmen: Schon in der Eingangshalle steht meist schon eine riesige Lenibüste mit Blumen und Girlanden – es fehlt nur noch die Kerze, um den kultischen Eindruck perfekt zu machen. In den Korridoren findet man rührende Kitschdruckserien: Lenin spricht mit den Kindern, mit den Hirten, den Flössern, den Soldaten, Lenin denkt, Lenin spielt Schach. Dann vor allem die Spruchbänder:

«Lenin, ein Lebender unter Lebenden.»
«Lenin lebte, Lenin lebt, Lenin wird leben.»
«Alle Kinder lieben Lenin, alle Kinder lieben alle Lehrer.»
«Heimatlicher Lenin, sei mit uns!»
«Lenin ist mit uns.»

So ähnlich, mit anderem Inhalt, stand es auch einmal auf deutschen Koppelschlössern. Das alles geht, je länger je mehr, dem westlichen Besucher auf die Nerven, so dass er es am Ende fast als wohltuend empfindet, wenn in Georgien Lenin nicht gar so häufig zu sehen ist, dafür aber dann und wann noch der gute alte Stalin aus einem Gebüsch lugt.

Man muss sich im Ernst fragen, ob es sich denn da nicht gewissermassen um den Zentralheiligen, die Stifterfigur neuer Orthodoxie handelt, die – wie die alte einst auch – weltlicher Macht den Mantel der Rechtgläubigkeit umhängt. Wurde die Gläubigkeit der Massen weniger vernichtet als vielmehr umgelenkt? Man möchte es meinen, wenn man die Weihestätten an allen Orten von Lenins einstigem Wirken sieht – wohin dann die Jungen Pioniere zum Gelöbnis wie zur Kommunion geführt werden –, vom Leninmausoleum auf Moskaus Rotem Platz bis hin zu jener Heuhütte nördlich Leningrads, in der sich Lenin 1917 verborgen hielt. Und wie das Tüpfchen auf dem i wirkt es, wenn im Stadtführer Kiews, wohin der grosse Mann leider nie seinen Fuss gesetzt hat, sich die Mitteilung findet, dass hier mehrere an den Begründer der Sowjetmacht erinnernde «wertvolle Reliquien» aufbewahrt würden.

Auffällig ist übrigens, dass sich der Leninkult in den letzten Jahren eher noch verstärkt und verfestigt hat. 1964 stand, jedenfalls optisch, Chruschtschew noch fast gleichrangig neben Lenin. Er ist verschwunden, wie er seinen Vorgänger Stalin verschwinden liess, aber die Nachfolger haben den freien Platz nicht okkupiert; ihredürre Autokratie birgt sich in den Mantel Lenins. Nicht zuletzt ist auch Marx weit zurückgetreten; er wird, ohne jedes aktuelle Problemverständnis – etwa für den jungen Marx, der in der westlichen Diskussion eine so erhebliche Rolle spielt – einfach als Vorläufer rezipiert: Altes Testament, sozusagen.

Bedenklich wirkt das alles nicht so sehr, weil es sich um Manifestationen sozialistischer Ideologie handelt. Gerade in deren Anfängen beim jungen Marx liegen doch humanistische Antriebskräfte klar zutage. Bedenklich wirkt vielmehr die geistige Erstarrung, die der Vorgang anzeigt. Nach Lenin hatte zum Beispiel noch Stalin den Anspruch auf schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus erhoben. Man mag den Stalinismus verdammten, aber solange Möglichkeiten schöpferischer Weiterentwicklung anerkannt werden, bleibt Hoffnung auf Neues in einem offenen Zukunftshorizont. Es könnte sich dann ja auch einmal um Entwicklungen handeln, wie sie die Intellektuellen des Prager Reformkurses und manche andere repräsentierten. Das alles wird jedoch unverständlich, es wird radikal abgeschnitten – und folgerichtig zermalmt oder als Ketzerei verstossen –, wenn die eine Schöpferfigur, wenn Lenin allein so hoch hinaufmystifiziert wird, dass nichts mehr bleibt als die auf ihn sich berufende Orthodoxie – und eine Art von verdorbener Theologie, die ihn zum jeweiligen Zwecke aus- und zurechtlegt.

Ausblick

Im Bildungswesen der Sowjetunion und in den geistigen Prinzipien, die es tragen, stösst man ständig auf Widersprüche. Hier die vorbildlichen Leistungen für die Verwirklichung von Chancengleichheit, die für breite Schichten Möglichkeiten qualifizierter Ausbildung und des Aufstiegs eröffnen und damit zugleich konkrete Befreiung von uralten Schicksalszwängen bedeuten – dort aber die strikt autoritären Lernprinzipien, welche alle Ansätze zu Offenheit, Mündigkeit, zu kritisch zukunftsbezogenem Problembewusstsein wieder verschütten und verderben. Hier das Fortschrittsdenken, das, mag es auch als etwas naiv und technologisch verengt erscheinen, doch zugleich meint, dass es allen besser gehen und alle menschenwürdig miteinander sollen leben können – dort jene alt-neue, im Leninkult gipfelnde Orthodoxie, die schöpferisch aufs Neue, Künftige, Unbekannte gerichtete Entwicklungen blockiert.

Die Widersprüche sind unübersehbar, selbst wenn sie von der Mehrheit der Betroffenen, deren Blick wie überall, und so verständlich wie menschlich, aufs Nächstliegende, aufs Glück und die Hoffnungen des Augenblicks gerichtet ist, noch kaum empfunden werden. Zugleich sind die Widersprüche in ihren Auswirkungen unabsehbar. Werden sie in einem langen, langsamem, evolutionären Prozess zugunsten unbefangener Zukunftsoffenheit überwunden werden? Oder wird die Erstarrung, umgesetzt in Zwang nach innen und aussen, immer stärker werden? Oder wird es gar eines Tages zu schweren Erschütterungen kommen, die gewissermassen in einer zweiten Revolutionswelle den alten «Überbau» wegsprengen, wenn er zu den Erfordernissen der entfalteten Industriegesellschaft so wenig mehr passt wie einst der Spätszarismus zu den Erfordernissen der nachholenden Industrialisierung? Niemand, ausser der Geschichte selbst, kann auf solche Fragen Antwort geben. Von der Art der Antwort aber wird sehr viel abhängen – und nicht nur für die Menschen in der Sowjetunion.